

Die Änderungsanträge der SPD-Stadtverordnetenfraktion (Punkte 4 bis 28) sind als Anlage umgedruckt.

4. 06-F-01-0040

Doppelhaushalt 2006/2007, Vormerk Doppelhaushalt 2008/2009, Vermögenshaushalt, Stadtmuseum
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

5. 06-F-01-0041

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt 2007 "Jahr des Historismus"
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

6. 06-F-01-0042

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt Walhalla
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

7. 06-F-01-0043

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, Blücherplatz
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

8. 06-F-01-0044

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, Boelckestraße
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

9. 06-F-01-0045

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, Mahrtsche Höfe
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

10. 06-F-01-0046

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, GMZ Nordenstadt
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

11. 06-F-01-0047

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, Kunstrasen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

12. 06-F-01-0048

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, Lärmschutz A 66
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

13. 06-F-01-0049

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, Lärmschutz B 455
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

14. 06-F-01-0050

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, Moritz- und Oranienstraße
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

15. 06-F-01-0051

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, Platz der Deutschen Einheit
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

16. 06-F-01-0052

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt, Wohnungsbauprogramm
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

17. 06-F-01-0053

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Ortsverwaltungen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

18. 06-F-01-0054

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Baumsanierung
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

19. 06-F-01-0055

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Feldschütze
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

20. 06-F-01-0056

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Flüchtlingsrat
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

21. 06-F-01-0057

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Kita-Gebühren
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

22. 06-F-01-0058

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Jugendbauernhof
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

23. 06-F-01-0059

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Männerberatungsstelle
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

24. 06-F-01-0060

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Schulsozialarbeit
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

25. 06-F-01-0061

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Straßenbeleuchtung
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

26. 06-F-01-0062

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt, Träger für Mittagessensangebot in
Ganztagsschulen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

27. 06-F-01-0063

Doppelhaushalt 2006/2007, Vermögenshaushalt

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

28. 06-F-01-0064

Doppelhaushalt 2006/2007, Verwaltungshaushalt
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

29. 05-V-20-0201

DL 39/05-6

Anträge der Ortsbeiräte zum Haushaltsplan-Entwurf 2006/2007

30. 05-V-20-0203

DL 41/05-1

Entwurf Doppelhaushalt 2006/2007;
Schriftliche Anhörung der Ortsbeiräte

31. 05-V-20-0204

DL 03/06-1

Entwurf Doppelhaushalt 2006/2007, schriftliche Anhörung der Ortsbeiräte

32. 05-V-20-0202

DL 39/05-7

Entwurf des Haushaltsplans 2006/2007 - Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften und
Eigenbetriebe

33. 06-V-20-0201

DL 16/06-2

Entwurf des Haushaltsplans 2006/2007 - Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften

34. 06-V-20-0202

DL 16/06-3

Finanzplanung 2005 - 2009

35. 05-V-11-5024

DL 27/06-1, 39/05-4

Stellenplan 2006/2007

ANLAGE

36. 05-V-20-0200

Beschlussfassung über den Entwurf der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Jahre 2006/2007 nebst Haushaltsplan mit Anlagen

37. 06-V-20-0028

Änderung der Hauptsatzung; hier: Grundsätze der doppelten Buchführung

ANLAGE

38. 06-F-24-0006

Satzung für das Jugendamt der Landeshauptstadt Wiesbaden; hier Änderungssatzung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In § 4 Absatz 1 Ziffer b der Satzung wird die Zahl 14 durch die Zahl 13 ersetzt.

39. 06-V-51-0015

DL 25/06-12

Neuwahl des Jugendhilfeausschusses; weitere Vertreter/innen

40. 06-S-00-0025

Wahl von 13 Beisitzerinnen und Beisitzern für den Widerspruchsausschuss

41. 06-A-02-0008

Wasserbeschaffungsverband Niedernhausen/Naurod - Entsendung von 2 Mitgliedern und 2 stellv. Mitgliedern

ANLAGE

42. 06-S-00-0028

Wahl von 7 Vertretern/innen und 7 Stellvertretern/innen für die Verbandsversammlung der Regionalversammlung Südhessen

ANLAGE

43. 06-S-00-0029

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden im Sparkassenzweckverband Naussau

44. 06-S-00-0030

Vorbereitung der Besetzung der Stelle des/der hauptamtlichen Bürgermeisters/in und der Stelle eines/einer hauptamtlichen Beigeordneten (Stadtrat/Stadträtin) der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

45. 06-A-02-0004

Widerspruch des Stadtv. Peter Schadt gegen die Wahl der Mitglieder des ehrenamtlichen Magistrats

ANLAGE

46. 06-F-02-0023

Fortentwicklungsgesetz zu Hartz IV, voraussichtliche Auswirkungen auf Wiesbaden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, schriftlich zu berichten, welche finanziellen Auswirkungen für den Doppelhaushalt 2006 /2007 es haben würde,

1. wenn die Zuschüsse zu den Unterkunftskosten auf vollkommen neue Personengruppen, u.a. die Empfänger von Ausbildungsförderung, ausgeweitet würden (vgl. Gesetzentwurf § 11 Abs.2 Nr. 8);
2. wenn künftig die Hilfsbedürftigen in stationären Einrichtungen von SGB-II-Leistungen ausgeschlossen und damit in die von den Kommunen finanzierte Grundsicherung geschoben würden;
3. wenn künftig alle Familien, die Ansprüche auf Kinderzuschlag nach § 6a Abs.4 Bundeskindergeldgesetz haben, sich dafür entscheiden würden, ALG-II-Leistungen in Anspruch zu nehmen.
4. wenn neue Zuständigkeiten bei Rehabilitationsaufgaben auf Wiesbaden als Optionskommune verlagert würde;
5. wenn die geplanten Klarstellungen bei den einmaligen Leistungen vorgenommen werden

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

(vgl. Gesetzentwurf § 23 Abs.3 Satz 1).

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Vermittlungsaktivitäten mit welchen Erfolgen ergriffen wurden: u.a. wie hoch der Anteil der Leistungsbezieher in Wiesbaden ist, mit denen eine Eingliederungsvereinbarung getroffen wurde;
wie lange es durchschnittlich dauert, bis Strategiegelgespräche stattfinden bzw. Eingliederungsvereinbarungen getroffen werden;
wie sichergestellt wird, dass die Integrationsempfehlungen auch nachhaltig verfolgt werden.
2. welche Kompetenzen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu Durchgriffen auf die kommunale Ebene durch den Gesetzentwurf erhalten würde.

47. 06-F-01-0065

Kinderbetreuung in Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden bekennt sich dazu, bei der vorschulischen Betreuung von Kindern von folgenden Grundsätzen auszugehen:

1. Neben der Betreuung und Erziehung hat die Kindertagesstätte (KT) einen Bildungsauftrag, der in Zukunft noch stärker als bisher beachtet und umgesetzt werden soll.
2. Möglichst alle Kinder, deren Eltern dies wollen oder die aufgrund der persönlichen Situation von Eltern und Kindern darauf angewiesen sind, sollen so früh wie möglich eine KT besuchen können.
3. Um den Bildungsanspruch insbesondere auch unter Sprach- und Integrationsgesichtspunkten erfüllen zu können, sollen möglichst alle Kindertagesstätten Ganztageseinrichtungen sein.
4. Durch das Verfahren zur Beitragsgestaltung ist sicherzustellen, dass der Besuch der KT nicht aus finanziellen Gründen scheitert. Dies gilt insbesondere für den Besuch einer Ganztageseinrichtung. Eine Beschränkung der Beitragsbezuschussung auf die Bezieher des Arbeitslosengeldes II (ALG II) reicht dafür nicht aus.
5. Im Rahmen der Gestaltung der Öffnungszeiten ist zu prüfen, in welchem Rahmen auf die Arbeitszeit der Eltern Rücksicht genommen werden kann.
6. Den Trägern von Kindertagesstätten muss insbesondere für die Personalkosten ein hohes Maß an Planungssicherheit gewährt werden. Dies schließt ein allumfassendes Zukaufsmodell für die Nachmittagsstunden aus.

48. 06-F-03-0016

Wiesbadener Linie der Toleranz beibehalten - Integration fördern
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung sieht im beschlossenen Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden auch in den nächsten Jahren die Grundlage für ein friedliches

Seite 9 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

Zusammenleben aller Wiesbadener Bürger und Bürgerinnen mit und ohne deutschen Pass.

Die Stadtverordnetenversammlung sieht in der Integrationspolitik alle Dezernate und Ämter der Stadtverwaltung im Sinne einer Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe betroffen. Der Ansatz des Integrationsdezernates, dies verstärkt zu steuern und zu koordinieren und durch z. B. interkulturelle Schulungen zu fördern, wird unterstützt.

Die Förderung von Toleranz und Integration sieht die Stadtverordnetenversammlung als eines der wichtigsten Handlungsfelder der Kommunalpolitik an. Dabei setzt die Stadtverordnetenversammlung auch weiterhin auf die produktive Zusammenarbeit der Stadt mit Freien Trägern, wie z.B. Caritas oder Arbeiterwohlfahrt. Andere Initiativen, wie z.B. der Flüchtlingsrat, haben eine wichtige Funktion als niedrigschwellige Anlaufstelle für Flüchtlinge und Asylbewerber.

Die Stadtverordnetenversammlung sieht in den Vereinbarungen der Koalitionspartner zur Integrationspolitik eine gute Grundlage für eine „moderne und realistische Integrationspolitik“ die sich besonders in folgenden Punkten zeigt:

- Die vom Ausländerbeirat in Kooperation mit dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration jährlich durchgeführte Interkulturelle Woche mit dem Sommerfest als wichtiger und sichtbarer Baustein der Integrationspolitik soll ab 2006 noch »breiter«, d.h. mit mehr Kooperationspartnern angelegt werden.
- Der Integrationspreis für besondere Leistungen im Sinne eines bürgerschaftlichen Engagements für den Prozess der Integration soll ab 2006 jährlich verliehen werden.
- Die Integrationsarbeit in den Sportvereinen wird in Zukunft auch finanziell erstmalig direkt gefördert und Sportvereine, die kontinuierliche Integrationsarbeit in den Kinder- und Jugendabteilungen leisten, durch Zuschüsse in ihrer Arbeit unterstützt.
- Die Integrationsvereinbarung mit den Religionsgemeinschaften in Wiesbaden, um den wechselseitigen Integrationsprozess zu verfestigen und die notwendigen Veränderungs- bzw. Öffnungsprozesse in den verschiedenen Kulturkreisen zu unterstützen, wird zum Abschluss gebracht
- Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Bestreben von Einrichtungen, besondere Programme zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund anzubieten und weist darauf hin, dass die mit dem Haushalt 2006 und 2007 bewilligten - zusätzlichen - Mittel für die Sprachförderung und Sprachkurse zum Erhalt und Ausbau von Angeboten wie „Mama lernt Deutsch“ dazu ein wichtiger Baustein sind.
- Der Magistrat wird aufgefordert bei allen Eltern, speziell in Familien mit Migrationshintergrund, mit Info-Material (bspw. Auslage von Info-Material bei Kinderärzten usw.) und persönlichen Anschreiben zu werben und darauf hinwirken, dass ein Kindergartenbesuch ab dem 3. Lebensjahr zur Regel wird.
- Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt Bestrebungen, dass eine islamische religiöse Unterweisung für muslimische Schüler an deutschen Schulen und in deutscher Sprache, in Abstimmung mit dem Kultusministerium und unter Aufsicht der Schulämter und von in Deutschland ausgebildeten sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennende islamischen Religionslehrern und -lehrerinnen durchgeführt wird.
- In stationären Pflegeeinrichtungen und im ambulanten Pflegedienst soll darauf hingewirkt werden, dass eine herkunftssprachliche und kultursensible Betreuung für ältere Migranten gewährleistet wird, da diese häufig nur geringe Deutschkenntnisse besitzen.
- Der Ausbau des psychosozialen und psychotherapeutischen Beratungsangebotes im Gesundheitsbereich vor allem für Frauen mit Migrationshintergrund ist dringend notwendig. Deshalb begrüßt die Stadtverordnetenversammlung die Bereitstellung von Finanzmittel im

Seite 10 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

Gesundheitsdezernat für niedrigschwellige und herkunftssprachliche Beratungen für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund..

- Um Probleme von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zu bewältigen, wird ein Arbeitsgremium aus Vertreterinnen und Vertretern von Behörden und Institutionen der Wohlfahrtsverbände eingerichtet. Es soll Vorschläge für pragmatische Lösungen erarbeiten, die diesen Menschen den Zugang zu einer medizinischen Grundbeziehungsweise Notfallversorgung gewährt und Wege aufzeigen, wie ihre Kinder Kindergärten und Schulen besuchen können. Die Arbeit dieses Gremiums soll vom Dezernat für Integration koordiniert werden.
- Eine „kommunale Härtefallkommission“ wird eingerichtet. Sie soll eine Hilfestellungsfunktion in Härtefall-Verfahren beim Landtags-Petitionsausschuss einnehmen und Gutachten ergänzend zur Stellungnahme der Ausländerbehörde vornehmen. Dabei soll insbesondere der Stand der bisherigen Integration - anhand objektiver Messgrößen – bewertet werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative des Landes Hessen im November dieses Jahres auf der Innenministerkonferenz eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und gut integrierte Flüchtlinge, deren Kinder oft hier geboren und / oder aufgewachsen sind, zu verabschieden.
- Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, in der Sommerpause mit dem hessischen Innenminister Volker Bouffier ein Gespräch führen, um eine Lösung für die in der Interimszeit bis zur Verabschiedung einer Bleiberechtsregelung eintretenden Fälle zu finden, da auch in Wiesbaden Menschen leben, die schon seit fünf Jahren oder länger hier sind und trotzdem lediglich eine Duldung besitzen

49. 06-F-05-0005

Regionale Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, den gemeinsamen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Kreistages des Rheingau-Taunus-Kreises zeitnah zu konstituieren.

Im Zuge einer verstärkten und engen Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis ist die Zusammenfassung öffentlicher Verwaltungseinrichtungen beider Gebietskörperschaften zu prüfen. Die vorhandenen Ansätze der Zusammenarbeit im Schul- und Verkehrsbereich ist zu intensivieren und zum beiderseitigen Nutzen auf andere Politikfelder, wie Kultur, Wirtschaft, Sport etc. auszudehnen.

50. 06-F-04-0003

Bekämpfung des Farbsprühunwesens in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 27.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, endlich ein wirksames Konzept zur Bekämpfung des Farbsprühunwesens zu erarbeiten und direkt nach der Sommerpause der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

51. 06-F-07-0003

Landschaftsschutzmaßnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste vom 19.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die wertvollsten Landschaftselemente sowohl im Innen- als auch im Außenbereich der LH-Wiesbaden, die zukünftig nicht durch den § 31 des novellierten Hess. Naturschutzgesetzes durch den unmittelbaren gesetzlichen Schutz (gesetzlich geschützte Biotope) geschützt sind, in seiner Zuständigkeit mit den Unterschutzstellungsinstrumenten nach dem Vierten Abschnitt – Erster Titel - des neuen Hess. Naturschutzgesetzes entweder als

Geschützter Landschaftsbestandteil nach § 27

Naturdenkmal nach § 26

Naturschutzgebiet bis 5 ha Größe nach § 21

Zug um Zug bis zum Jahr 2009 auszuweisen. Bei akuter Gefährdung ist von der Einstweiligen Sicherstellung nach § 29 Gebrauch zu machen. Bis zum Herbst 2007 soll ein Unterschutzstellungskonzept entwickelt und vorgestellt werden.

Zu den in Wiesbaden besonders betroffenen Landschaftselementen und Teilen von Natur und Landschaft gehören

Trockenmauern, Hohlwege, Feldgehölze, Feldraine, Streuobstwiesen,
Landschaftsprägende Bäume, Alleen, Landschaftsbild prägende Landschaftsteile
Magerrasen und artenreiche Flachlandmähwiesen sowie Feuchtgebiete u. ä.

Folgende Kriterien für die Bestimmung und Abgrenzung der Landschaftselemente sind anzuwenden

Brutstätten und Teillebensräume besonders und streng geschützter Tierarten wie Fledermäuse, Vögel, Reptilien, Amphibien, Libellen, Heuschrecken, Tagfalter und Käferarten

Standorte von Rote Liste Arten der Pflanzen

besondere Bedeutung für das Landschaftsbild (Attraktivität der Kultur- und Erholungslandschaft)

besondere kulturhistorische und landschafts- und bodengeschichtliche Bedeutung

Weiterhin sollen Grundstückseigentümer und Nutzer über die Bedeutung dieser Landschaftselemente, ihren Nutzen und über den gesetzlichen Schutz ausführlich mittels verschiedener geeigneter Medien informiert werden.

Begründung:

Hintergrund ist die Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes mit Wegfall des unmittelbaren gesetzlichen Schutzes von Feldgehölzen, Landschaftsprägenden Einzelgehölzen, Hohlwegen, Allen, Trockenmauern und Streuobstbeständen. Ähnlich wie bei vergleichbaren

Seite 12 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

Fällen (Wegfall der Baumschutzsatzung in Wiesbaden) ist zu erwarten, daß das Landschaftselemente zukünftig beseitigt werden. Gleichzeitig zieht sich die Landesregierung im Außen- und Innenbereich und außerhalb der Großschutzgebiete aus der Verantwortung für den Naturschutz vollkommen zurück. So werden bspw. keine Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete mehr ausgewiesen, noch wird Geld für den sogenannten freiwilligen Naturschutz für Extensivierungsprogramme bereitgestellt. Damit ist das Bekenntnis zum Vertragsnaturschutz Makulatur. Dies trifft vor allem die Landwirte, interessierte Grundstückseigentümer und aktive Naturschutzgruppen, die bisher ihre Leistungen für Naturschutzmaßnahmen honoriert bekamen.

Mit dem zukünftigen Schutz und der Entwicklung von Teilen von Natur und Landschaft erhält die Stadt Wiesbaden auch eines ihrer wichtigsten Markenzeichen: , eine Stadt im Grünen' – mit attraktiven Kultur- und Erholungslandschaften für Bewohner und Besucher der Stadt.

52. 06-F-06-0013

Flüchtlingsunterkunft Homburger Straße 29 sofort schließen!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 26.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass seitens des Amtes für Soziale Arbeit beabsichtigt ist, die Flüchtlingsunterkunft Homburger Straße 29 bis zum Jahresende 2006 zu schließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, mit der Verlegung der dort lebenden Flüchtlinge in andere, kleinere Unterkünfte unverzüglich zu beginnen.

Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass akute gesundheitliche Gefahren und Risiken für die Bewohner/innen aufgrund baulicher Mängel sofort beseitigt werden.

53. 06-F-25-0013

Bus- und Bahnverkehr in der Region erhalten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 27.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Um die aufgrund der starken Kürzung der „Regionalisierungsmittel“ durch die Bundesregierung zu befürchtende Leistungsreduzierung für den öffentlichen Personennahverkehr im Rhein-Main-Gebiet wenigstens zum Teil zu kompensieren und so die wichtige Funktion des öffentlichen Personennahverkehrs für die Lebensqualität der Menschen und den Umweltschutz nicht zu gefährden,

wird der Magistrat gebeten,

sich bei der hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Landesmittel für den öffentlichen Personennahverkehr aufgestockt werden, sobald die Kürzungen des Bundes zum

Tragen kommen.

54. 06-F-06-0015

ÖPNV nicht einschränken sondern ausbauen!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 27.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden appelliert an Bundes- und Landesregierung, keine Kürzungen bei den Zuschüssen für den ÖPNV vorzunehmen bzw. aktuell vorgenommene Kürzungen durch Landesmittel zu kompensieren und den ÖPNV als wichtigen Faktor einer umweltfreundlichen Mobilitätspolitik zu stärken.

Die in Medien angekündigten Einschränkungen im Bereich des RMV (Ausdünnung der Verbindung zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Rhein-Main-Flughafen / Frankfurt/Hbf. / Linie S9 u.a.) lehnt die Stadtverordnetenversammlung entschieden ab.

55. 06-F-06-0014

Einführung einer "WiesbadenCard"
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 27.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadt Wiesbaden führt eine „WiesbadenCard“ ein. Diese Karte erhält jeder Leistungsberechtigte nach Sozialgesetzbuch (SGB) II, SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz. Sie wird gebührenfrei vom Amt für Soziale Arbeit ausgegeben.
- 2) Die WiesbadenCard berechtigt
 - a) zum Erwerb einer Monatskarte für die Nutzung des ÖPNV im Tarifgebiet Wiesbaden zu einem Preis von 19,20 Euro,
 - b) zur Nutzung der städtischen Schwimmbäder zu einem ermäßigten Eintrittspreis,
 - c) zum kostenfreien Besuch eines Kurses pro Semester der Volkshochschule Wiesbaden,
 - d) zur kostenfreien Nutzung der Stadtbibliotheken.
- 3) Der Magistrat nimmt Kontakt mit weiteren Wiesbadener Einrichtungen wie Staatstheater, Kinos, Sportvereine u.a. auf, um vergünstigte Nutzungsentgelte für Inhaber/innen der WiesbadenCard auszuhandeln.
- 4) Die Höhe der vergünstigten Entgelte soll sich an der Regelsatzbemessung der entsprechenden Bedarfpositionen des Eckregelsatzes orientieren.

Mit der Einführung der WiesbadenCard soll auch den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern ein Mindestmaß an sozialer Integration ermöglicht werden, die aufgrund sozioökonomischer Benachteiligung sonst von einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden.

Bestehende Vergünstigungen für einzelne Personengruppen, die über die „WiesbadenCard“ hinausgehen, bleiben weiter bestehen.

56. 06-V-51-0007

DL 25/06-11, 21/06-12

Verteilung der Familienkarte an Neubürgerinnen und Neubürger der Landeshauptstadt Wiesbaden

57. 06-F-25-0014

Schutzauftrag umsetzen - Kindern frühstmöglich helfen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 27.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung ist allgemeine Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. Durch die seit Oktober letzten Jahres geltenden Neuregelungen im SGB VIII ist der Schutzauftrag konkretisiert worden und soll im Ergebnis zu einer neuen Qualität in der Praxis des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung führen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Verpflichtung der Jugendämter zu, mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe Vereinbarungen zu treffen, um diesen Schutzauftrag sicherzustellen.
2. Der Magistrat möge darüber berichten,
 - wie viele Hinweise und Entdeckungen von vernachlässigten Kindern es in Wiesbaden in den Jahren 2003, 2004 und 2005 bis heute gegeben hat.
 - wie oft das Tätigwerden des Familiengerichtes für erforderlich gehalten wurde.
 - welche internen Maßnahmen im Jugendamt seit Oktober 2005 getroffen wurden, um die Neuregelung des Schutzauftrages sicherzustellen.
 - welche Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten gemäß § 8a Abs. 2 bereits abgeschlossen wurden
 - wie sichergestellt werden kann, dass alle Kinder in Wiesbaden die Vorsorgeuntersuchungen U 1 bis U 9 wahrnehmen.

58. 06-F-25-0015

Kinder in den Mittelpunkt - Kindertagesstätten flexibler - besser - gerechter!
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 27.06.2006 -

Vorbemerkung:

Seite 15 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

Der quantitative und qualitative Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote für kleine Kinder, Kindergarten- und Grundschulkindern muss dringend weiter vorangetrieben werden. Dafür sind von den Koalitionspartnern CDU BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und FDP im Haushalt 2006/2007 zusätzliche Mittel in Höhe von 5,6 Millionen Euro eingestellt worden. -Das bedeutet eine fast 10-prozentige Steigerung der städtischen Aufwendungen für die Kinderbetreuung.

Die Neuordnung der Kinderbetreuung in Wiesbaden wird die Kinder in den Mittelpunkt stellen und den Bedürfnissen der Familien gerecht werden. Dieser Antrag umfasst die Änderungen in den Kindertagesstätten für die Drei- bis Sechsjährigen.

Die Vorbemerkung vorangestellt wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

I. Die Kinderbetreuung der Drei- bis Sechsjährigen folgt dem Motto „Flexibler, besser, gerechter“.

I.A. „Flexibler“:

Das Angebot soll sich verstärkt an den Bedürfnissen der Eltern orientieren. Starre zeitliche Vorgaben, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschweren, sollen zugunsten flexibler Zeitangebote am Morgen und/oder am späten Nachmittag und Abend ersetzt werden. Dadurch wird berufstätigen Eltern eine verlässliche Basis zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie geboten. Die Kinder können in der vertrauten Umgebung bleiben und müssen nicht stundenweise den Betreuungsort und ihre Bezugspersonen wechseln.

Es wird eine stundengenaue Bedarfsanalyse durchgeführt. Dabei werden bestimmte „Stellgrößen“ wie Zeitmodule und Elternbeiträge (Bsp.: Zuschlag für Abendöffnung) berücksichtigt.

I.B. „Besser“:

1.) Weitere Betreuungsplätze

Neben dem bereits beschlossenen qualitativen und quantitativen Ausbau von Elementarplätzen werden weitere (Ganztags)plätze geschaffen, damit künftig mindestens 95% aller Kindergartenkinder versorgt werden können. Durch bessere Informationen sollen besonders Familien mit Migrationshintergrund gewonnen werden, ihre Kinder frühzeitig in den Kindergarten zu schicken. Denn derzeit besuchen nur 80% der Kinder mit Migrationshintergrund im 2. und 3. Jahr den Kindergarten, nur 62% sind es im 1. Kindergartenjahr.

Je früher Kinder gefördert werden, desto größer ist ihre Chance sich in unserer komplexen Welt zu Recht zu finden und desto größer ist ihre Aussicht auf eine gute Bildungskarriere. Deshalb soll dem Bildungsgedanken des Kindergartens künftig mehr Gewicht beigemessen werden. Das beinhaltet das Arbeiten mit den Empfehlungen des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan ebenso sowie eine stärkere Verzahnung von Schule und Kindergarten. Dazu soll das Fortbildungsangebot für Erzieherinnen entsprechend erweitert werden.

Der notwendige quantitative Ausbau soll durch die bevorzugte Einbindung von freien und privaten Trägern, von Unternehmen und von Elterninitiativen forciert werden. Neue Einrichtungen von Trägern, die Kindertagesstätten mit neuen Profilen und besonderen Schwerpunkten anbieten wollen, werden in der Förderung unabhängig von ihrem Standort im Stadtgebiet bevorzugt.

2.) Reguläres Angebot

Im Rahmen des regulären Kindergartenprogramms werden insbesondere die folgenden Bereiche verstärkt:

+ Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund.

Seite 16 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

- + Intensivere Vorbereitung des Übergangs Kindergarten – Schule, Einrichtung von Tandem-Modellen einrichten
- + Ausbau der Kooperation mit Familienbildung und Beratungsangeboten
- + Optimierung und Verstärkung der Fortbildung der Erzieherinnen
- + Arbeit nach dem Bildungs- und Erziehungsplan 0-10.

Zusatzangebote z.B. auf den Gebieten Literacy und Zahlenverständnis, Naturwissenschaftliche Grunderfahrungen, Englisch, Musikalische Früherziehung oder eine gezielte Förderung besonders begabter Kinder sollen Eltern zukünftig frei wählen können. Dazu sollen die Einrichtungen ihr eigenes pädagogisches Profil entwickeln. Sie werden dabei von der Verwaltung unterstützt..

I.C „Gerechter“:

Das bisherige Beitrags- und Bezuschussungssystem wird zum 1. Januar 2007 durch das folgende einfachere und gerechtere Modell ersetzt:

- Der vierstündige Halbtags-Kindergartenplatz von 8.00 bis 12.00 Uhr ist für alle Kinder kostenfrei. Die Regelung umfasst alle Altersstufen des Elementarbereichs. Sie ist unabhängig vom Einkommen der Eltern. Für das Mittagessen ist von den Eltern ein Essensgeld zu entrichten.
- Für Betreuungsstunden am Nachmittag zahlen die Eltern Beiträge. Die Beiträge sind nach Einkommen gestaffelt und betragen für einen Ganztagsplatz in der höchsten Stufe 110 Euro.
- Darüber hinaus können Bedürftige im Einzelfall einen Gebührennachlass in Anspruch nehmen
- § 10 Abs. 2 der Kindertagesstättensatzung wird aufgehoben.

II. Der Magistrat wird gebeten:

- bis Ende 2006 ein Umsetzungskonzept für die städtischen Einrichtungen vorzulegen, das die organisatorischen Voraussetzungen zur Einführung der flexiblen Betreuungszeiten zum Kindergartenjahr 2007 schafft.
- von Anbeginn die freien, gemeinnützigen, privaten und kirchlichen Träger mit einzubeziehen, damit eine Übertragung der Neuregelung auch für deren Einrichtungen möglich wird.
- die hierzu erforderliche Bedarfsanalyse (stundengenaue Erfassung des Betreuungsbedarfs an den einzelnen Wochentagen) so schnell wie möglich, spätestens Ende 2006 vorzulegen.

Der Magistrat wird weiterhin gebeten:

- darzulegen, in welchen Kindertagesstätten aufgrund vorhandener baulicher Kapazitäten neue Ganztagsplätze im Elementarbereich ohne großen finanziellen Mehraufwand entstehen können
- darzulegen durch welche baulichen und/oder vertraglichen Maßnahmen die Zahl der Kindergartenplätze auf eine Versorgungsquote von mindestens 95% erhöht werden kann;
- darzulegen, durch welche Maßnahmen künftig der Anteil der Kindergartenkinder mit Migrationshintergrund erhöht werden und wie ein erweitertes Sprachförderangebot in den Einrichtungen für alle Kinder mit Sprachdefiziten schrittweise aufgebaut werden kann;
- darzulegen, durch welche konkreten Maßnahmen dem Bildungsaspekt in den Einrichtungen ein stärkeres Gewicht beigemessen und durch welche konkreten Maßnahmen der Übergang für Kinder vom Kindergarten in die Grundschule optimiert werden kann

Seite 17 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

- darzulegen, wie und durch welche konkreten Maßnahmen die Kindertagesstätten, die ein eigens pädagogisches Profil, z.B. mit Zusatzangeboten entwickeln wollen, unterstützt werden können.

Schließlich wird der Magistrat aufgefordert, die im Jahr 2004 beauftragte Kosten- und Strukturanalyse der bisherigen Gebührenordnung umgehend vorzulegen.

59. 06-F-25-0016

Fluglärmschutzgesetz

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 28.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, die „Resolution zur Erreichung eines wirksamen Fluglärmgesetzes“ (s. Anhang) als Landeshauptstadt Wiesbaden mit zu zeichnen und damit auch das gemeinsame Vorgehen von Kommunen in der Region zu stärken.
2. Aufgrund der zunehmenden Lärmbelastung durch Fluglärm und der unbefriedigenden Gesetzeslage unterstützt die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat in seinen Bestrebungen, den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Fluglärmschutzgesetzes so zu fassen, dass ein wirksamer Schutz der Bevölkerung gegen Fluglärm tatsächlich erreicht wird und keine die Gesundheit gefährdenden Lärmbelastungen gesetzlich erlaubt werden.

ANLAGE

60. 06-F-06-0016

Mietberatung für Bezieher/innen von Leistungen nach dem SGB II

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 28.06.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II erhalten ab sofort Mietberatung durch das Amt für Soziale Arbeit, da sie laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Juni 2006 den Mitgliedsbeitrag beim Mieterschutzverein Wiesbaden und Umgebung e.V. nicht erstatten bekommen.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 06-F-01-0020

Realisierung zentrales Mahnmal
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.05.2006 -

ANLAGE

2. 06-F-07-0002

Baumschutzsatzung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BLW vom 23.05.2006 -

ANLAGE

3. 06-V-01-0011

DL 17/06-3

Hepatitis - Schutzimpfung bei den Freiwilligen Feuerwehren

4. 06-V-01-0012

DL 19/06-6

Stadtvertrag mit der jüdischen Gemeinde

5. 06-V-05-0017

DL 17/06-4, 12/06-4

Erfahrungsbericht zum Ostermarkt

6. 06-V-20-0020

DL 17/06-1

Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht 05/2006

7. 06-V-31-0005

DL 21/06-7

Bericht zur Umorganisation der abgeschleppten Fahrzeuge von ELW zu Amt für Verkehrsüberwachung und Gefahrenabwehr

8. 06-V-33-0005

DL 25/06-6

Seite 19 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

Beschaffung von Klimageräten

- 9. 06-V-33-0013 DL 21/06-8**
Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für den Ausländerbeirat
- 10. 06-V-33-0014 DL 21/06-9**
Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsmaßnahmen
- 11. 06-V-36-0003 DL 23/06-1, 21/06-10**
Fortschreibung der Richtlinie der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen in der Fassung vom 10.06.200
- 12. 06-V-40-0002 DL 21/06-11**
Ausweitung der Nutzungszeiten in Schulturnhallen mit Schlüsselgewalt von 22:00 auf 23:00 Uhr
- 13. 06-V-40-0011 DL 17/06-6**
Gutenbergschule - Aufstellung Pavillonanlage für den Ganztagsbetrieb/Mittagstisch -
- 14. 06-V-40-0015 DL 17/06-7**
Elly-Heuss-Schule; Instandsetzung der Turn- und Gymnastikhalle; Vorabfreigabe der Haushaltsmittel 2006
- 15. 06-V-40-0016 DL 17/06-8**
Adalbert-Stifter-Schule - Freigabe von Planungsgeldern
- 16. 06-V-41-0006 DL 17/06-9**
Jahresrechnung 2005; Genehmigung überplanmäßiger Mittel zur Deckung der Ausgabenüberschreitung im Sammelnachweis A des Personalbudgets Dezernat VIII
- 17. 06-V-51-0013 DL 18/06-2**
Bezuschussung der Offenen Jugendarbeit in Trägerschaft der Ev. Kirchengemeinde Naurod

- 18. 06-V-51-0018 DL 17/06-11**
Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II, 4. Quartal 2005, Stand 31.12.2005
- 19. 06-V-51-0019 DL 25/06-13**
Übertragung von Aufgaben auf den Stadtjugendring Wiesbaden
- 20. 06-V-51-0022 DL 21/06-13**
Auswirkungen der Einführung des SGB II/Grundsicherung für Arbeitsuchende und des SGB XII/Sozialhilfe; Beantragung zusätzlicher Mittel für den VWH 2006/2007
- 21. 06-V-52-0006 DL 21/06-15**
Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2006/2007
- 22. 06-V-52-0007 DL 27/06-4, 26/06-1**
Freigabe von Mitteln des Vermögenshaushaltes 2006/2007 des Sportamtes für notwendige Maßnahmen nach der Trinkwasser-Verordnung
- ANLAGE**
- 23. 06-V-52-0008 DL 27/06-5, 26/06-2**
Umsetzung der Sportförderungs-Richtlinien im Rahmen der neuen Leistungsvertrags- und Zuschussrichtlinien
- ANLAGE**
- 24. 06-V-61-0026 DL 25/06-20**
Projekt "Stadtumbau Kostheim/Kastel" im Rahmen des Landesprogramms "Stadtumbau in Hessen"
- 25. 06-V-64-0006 DL 25/06-21**
PCB-Sanierung von Turnhallen: Diltthey-Schule, Geschwister-Scholl-Schule und Comeniusschule; - Mehrkosten -

26. **06-V-67-0024** **DL 25/06-22**
Freigabe von Mitteln im Vermögenshaushalt 2006/2007 des Amtes für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten
27. **06-V-67-0025** **DL 25/06-23**
Wohngebiet Sauerland, Spielstraße II, Spiekerooger Straße
28. **06-V-69-0006** **DL 17/06-13**
Freigabe von Mitteln des Vermögenshaushaltes für das Förderprogramm in den Modernisierungsschwerpunkten "Westend" und "Alt-Biebrich"
29. **06-V-70-0005** **DL 17/06-14**
Jahresabschluss 2004 der ELW-Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung
30. **06-A-02-0005**
Verwaltungsstreitverfahren Pack, Klaus ./.. Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden betr. Kommunalwahlverfahren

ANLAGE

31. **06-A-02-0007**
Angemessenheitsbericht über die Höhe der Aufwandsentschädigung

ANLAGE

Tagesordnung III

1. **06-V-01-0009** **DL 17/06-2**
Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Demographie Netzwerk (ddn)

2. **06-V-03-0004** **DL 27/06-3, 25/06-1**
Grundsatzvorlage Stadtmuseum
ANLAGE
3. **06-V-05-0019** **DL 21/06-6**
6. Newcomer Festival
4. **06-V-05-0020** **DL 25/06-2**
Digitaler Zugriff von Fachämtern auf politische und administrative Geschäftsprozesse über WinKoSi-Info
ANLAGE
5. **06-V-10-0008** **DL 25/06-3**
Empfänge Internationale Maifestspiele 2006
6. **06-V-31-0003** **DL 17/06-5**
Umstellung der Dienstkleidung von städtischen Hilfspolizeibeamtinnen und Hilfspolizeibeamten auf blaue Uniformen
7. **06-V-31-0008** **DL 25/06-5**
Ortsfeste Geschwindigkeitsmessanlage, Mainzer Straße
8. **06-V-33-0008** **DL 25/06-7**
Einführung einer Software für das Fundbüro
9. **06-V-41-0009** **DL 19/06-7, 18/06-1**
Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2005 - Budget 2007
10. **06-V-41-0010** **DL 25/06-9**

Ankauf des Kunstwerkes "Heavy Luggage" von Andreas von Weizsäcker

11. **06-V-41-0012** **DL 25/06-10**
Hess. Staatstheater Wiesbaden; Budget 2006
12. **06-V-51-0011** **DL 17/06-10**
Krippenoffensive/Einrichtung zusätzlicher Krippengruppen
13. **06-V-51-0028** **DL 25/06-15**
Bezuschussung von Mittagsessen an ganztägig arbeitenden Schulen in Wiesbaden
14. **06-V-51-0029** **DL 25/06-16, 21/06-14**
Neues Standortkonzept für die Sozialen Dienste und Standortentscheidung Standort SÜD
15. **06-V-61-0006** **DL 22/06-1, 20/06-1**
Erneute Bekanntmachung von Bebauungsplänen im Ortsbezirk Auringen nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) mit rückwirkendem Inkraftsetzen nach § 214 Abs. 4 BauGB
- ANLAGE**
16. **06-V-61-0007** **DL 22/06-2, 20/06-2**
Erneute Bekanntmachung von Bebauungsplänen im Ortsbezirk Breckenheim nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) mit rückwirkendem Inkraftsetzen nach § 214 Abs. 4 BauGB
17. **06-V-61-0008** **DL 22/06-3, 20/06-3**
Erneute Bekanntmachung von Bebauungsplänen im Ortsbezirk Delkenheim nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) mit rückwirkendem Inkraftsetzen nach § 214 Abs. 4 BauGB
18. **06-V-61-0009** **DL 22/06-4, 20/06-4**
Erneute Bekanntmachung von Bebauungsplänen im Ortsbezirk Medenbach nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) mit rückwirkendem Inkraftsetzen nach § 214 Abs. 4 BauGB

19. **06-V-61-0010** **DL 22/06-5, 20/06-5**
Erneute Bekanntmachung von Bebauungsplänen im Ortsbezirk Naurod nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) mit rückwirkendem Inkraftsetzen nach § 214 Abs. 4 BauGB
20. **06-V-61-0011** **DL 22/06-6, 20/06-6**
Erneute Bekanntmachung von Bebauungsplänen im Ortsbezirk Nordenstadt nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) mit rückwirkendem Inkraftsetzen nach § 214 Abs. 4 BauGB
21. **06-V-61-0013** **DL 25/06-17, 22/06-7, 2**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Sauerland 7. Änderung - östlich der Spiekerooger Straße" im Ortsbezirk Dotzheim; Satzungsbeschluss
22. **06-V-61-0014** **DL 22/06-8, 20/06-8**
Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP9 "Einkaufsmarkt Richard-Wagner-Straße" im Ortsbezirk Nordost; Beschluss über den Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und Offenlagebeschluss
23. **06-V-61-0016** **DL 22/06-10, 20/06-10**
Bebauungsplan "Ortskern Sonnenberg" im Ortsbezirk Sonnenberg - Satzungsbeschluss; Aufhebung der Fluchtlinienpläne Sonnenberg 1896/1 teilweise, 1901/1 teilweise, 1909/1 teilweise, 1911/3, 1912/2, 1927/2 teilweise, 1928/1, 1929/2 teilweise, 1929/3, 1929/4 und 1959/1 (HAG) teilweise - Satzungsbeschluss; Teilweise Aufhebung der Bebauungspläne 1960/1 (HAG) und 1969/1 - Satzungsbeschluss
24. **06-V-61-0017** **DL 22/06-11, 20/06-11**
Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Pfarrgarten" im Ortsbezirk Sonnenberg; Beschluss über die öffentliche Auslegung
25. **06-V-61-0018** **DL 25/06-19**
Vorläufige Haushaltsführung; Freigabe von Haushaltsmitteln für die Maßnahme-Businessplan Stadt -
26. **06-V-61-0021** **DL 22/06-12, 20/06-12**

Seite 25 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.07.2006

Bebauungsplanentwurf "Ortsdurchfahrt Heßloch" im Ortsbezirk Heßloch; Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes

27. 06-V-63-0002

DL 23/06-3, 21/06-16

Construct Army Lodging Facility (Hotelanlage), Wiesbaden, Mississippistraße 33;
Zustimmungsantrag vom 16.12.2005

28. 06-V-66-0104

DL 25/06-1, 21/06-17

Projekt Luisenforum; Ausgestaltung und Verwendung der Fläche des Dauernutzungsrechtes im Erdgeschoss des Parkhauses

29. 06-V-67-0019

DL 18/06-3

Operative Umsetzung der Empfehlungen des Gutachtens über die Grünpflege in Wiesbaden;
Quartalsbericht 4/2005 und 1/2006

30. 06-V-80-1002

DL 18/06-4

2. Freigabe von Mitteln des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften

31. 06-V-80-8006

DL 28/06-4

City-Offensive 2006 "Ab in die Mitte": "7 Tage - 7 Tische! Wiesbaden präsentiert sich"

Zu den folgenden Vorlagen tagen die entsprechenden Fachausschüsse vor der Stadtverordnetenversammlung. Zu den Punkten 34 bis 38 tagt der Magistrat am 04.07.2006.

32. 06-V-31-0001

DL 25/06-4

Taubenproblematik; Einführung des "Augsburger Konzepts" zur tierschutzgerechten Reduzierung der Stadttaubenpopulation

33. 06-V-61-0022

DL 22/06-13, 20/06-13

Bebauungsplan "Bangert" im Ortsbezirk Kloppenheim; Satzungsbeschluss

- 34. 06-V-66-0204 DL 15/06-6**
Idsteiner Straße; - ÖPNV gerechter Ausbau von Geisbergstraße bis Tränkweg - Mittelfreigabe
2. Bauabschnitt

ANLAGE

- 35. 06-V-66-0212 DL 17/06-12**
Ausbau der Erschließung der DBS GmbH (Stadtgärtnerei) im Aukammtal in Wiesbaden-
Bierstadt

ANLAGE

- 36. 06-V-66-0307 DL 28/06-3**
Bauernbrücke am Bahnhof Wiesbaden-Ost in Mainz-Amöneburg; Erarbeitung eines
Abbruchkonzeptes

ANLAGE

Tagesordnung IV

- 1. 06-V-33-0007 DL 17/06-2 NÖ**
Abschluss von Nebenabreden zu den Kooperationsverträgen vom 30.12.2004 zwischen der
Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Internationalen Bund, der Arbeiterwohlfahrt und dem
Caritasverband

- 2. 06-V-36-0018 DL 17/06-3 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden vom 30.03.2006

- 3. 06-V-69-0005 DL 21/06-2 NÖ**
Wohnungsbauprogramm 2003 - Bauvorhaben Balthasar-Neumann-Straße - Mehrkosten und
Nachfinanzierung

- 4. 06-V-82-0004 DL 21/06-3 NÖ**
Bau- und Unterhaltungsvertrag mit der Bilfinger Berger BOT GmbH

Hinweis:

Anlässlich des 60jährigen Bestehens der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden findet eine Feierstunde vor der heutigen Stadtverordnetenversammlung in der Zeit von 15.00 bis 16.00 Uhr im Festsaal des Rathauses statt.

Zu dieser Feierstunde darf ich alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats recht herzlich einladen.

Als Anlage zu dieser Tagesordnung finden Sie die Dokumentation über die 1. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden am 02.07.1946.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin